

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 36 (2009)
Heft: 2

Artikel: Politik : definitives Ja zum freien Personenverkehr
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910356>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Definitives Ja zum freien Personenverkehr

Deutlicher als erwartet haben die Stimmberchtigten der Fortführung der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union zugestimmt. Gleichzeitig weiteten sie das Abkommen auf Bulgarien und Rumänien aus. Bei einer Stimmberchtigung von 51 Prozent legten 60 Prozent ein Ja in die Urne. Von René Lenzin

Das Thema Europa vermag die Stimmberchtigten nach wie vor zu mobilisieren. Zum ersten Mal seit September 2005 überschritt die Beteiligung an einer eidgenössischen Volksabstimmung am 8. Februar wieder die 50-Prozent-Marke. Beide Male ging es um den freien Personenverkehr: Damals hieß das Volk die Ausdehnung auf die zehn ost- und südeuropäischen Länder gut, die der EU frisch beigetreten waren. Nun befürwortete es die Weiterführung des Abkommens sowie die Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien. Die schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit mit den beiden jüngsten EU-Mitgliedern soll frhestens ab 1. April und mit einer siebenjährigen Übergangsfrist starten.

Die Zustimmung fiel höher aus, als Umfragen im Vorfeld hatten vermuten lassen. 59,6 Prozent der Stimmenden sagten Ja, nur gerade die vier Kantone Appenzell Innerrhoden, Glarus, Schwyz und Tessin lehnten die Vorlage ab. Traditionell hoch war der Ja-Stimmenanteil in der Westschweiz und in den städtischen Gebieten der Deutschschweiz. Diesmal zeigten sich aber auch die meisten ländlichen Kantone der Zentral- und Ostschweiz öffnungsreudiger als auch schon (siehe Karte).

Die Abstimmung war nötig geworden, weil die Schweiz und die EU das Abkommen über den freien Personenverkehr vorerst nur auf

sieben Jahre abgeschlossen hatten. Als das Parlament die Weiterführung des Vertrags mit der Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien verknüpft hatte, ergriffen verschiedene Rechtsparteien erfolgreich das Referendum. Mit dem Ja des Volkes ist nicht nur die Personenfreizügigkeit definitiv verankert, sondern auch die sechs mit ihr verbundenen Abkommen der ersten bilateralen Verhandlungsrunde. Sie regeln unter anderem den Land- und Luftverkehr, die Anerkennung von Diplomen und den Abbau von Handelshemmnissen.

Das fünfte Ja zum Bilateralismus

Der Bundesrat wertete das Votum als Sieg für den Wirtschaftsstandort Schweiz und als Bekräftigung des bilateralen Weges. Tatsächlich hat das Volk zum fünften Mal Verträgen zugestimmt, welche die Schweiz und Brüssel abgeschlossen hatten. Im Mai 2000 passierte das erste bilaterale Verhandlungspaket die Abstimmung mit 67,2 Prozent Ja; im Juni 2005 stimmten 54,6 Prozent dem Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin zu; im Herbst des gleichen Jahres befürworteten 56 Prozent die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen EU-Staaten; und schliesslich sagten im November 2006 53,4 Prozent Ja zu Kohäsionsbeiträgen von einer Milliarde Franken für ebendiese Länder.

Kommentar:

Glaubwürdige Schweiz

Wenn Schweizerinnen und Schweizer vor einer Abstimmung Zweifel plagen, legen sie in der Regel ein Nein in die Urne. Nach der Abstimmung vom 8. Februar lässt sich daher sagen: Am bilateralen Weg in der Europapolitik gibt es keine Zweifel mehr. Sechs von zehn Stimmenden haben die Weiterführung des freien Personenverkehrs sowie dessen Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien gutgeheissen. Das sind deutlich mehr, als vor gut drei Jahren die Erweiterung des Abkommens auf die damaligen zehn neuen EU-Staaten befürwortet haben.

Mit einem so klaren Ergebnis war nicht unbedingt zu rechnen. Denn die missliche Wirtschaftslage mit Aussicht auf eine länger dauernde Rezession liess eine eher knappe Ausmarchung erwarten. Nichtsdestotrotz hat die Bevölkerung zum fünften Mal jenen Weg bekräftigt, den sie 1992 nach dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eingeschlagen hatte.

Die Verlierer dieses Abstimmungssonntags sind die Schweizerische Volkspartei und ihr Vordenker Christoph Blocher. Nach einem wirren Zickzackkurs hat die Partei die Neinparole beschlossen – wohl nicht zuletzt als Zugeständnis an die öffnungsskeptische Basis. Doch die anschliessende Kampagne, die auf die Angst vor einem Kollaps des Sozialstaats baute, hat nicht verfangen. Blocher und seine Getreuen haben seinerzeit den Beitritt zum EWR knapp verhindern können, und den EU-Beitritt haben sie für lange Zeit aus der politischen Agenda verbannt. Aber sie finden keine Mehrheit, wenn sie die schrittweise Annäherung an die Europäische Union über Abkommen in einzelnen Sachfragen bremsen wollen.

Der Weg der bilateralen Verhandlungen mag zuweilen steinig und langwierig sein. Aber er bleibt die einzige von der Bevölkerung getragene Option in der Europapolitik. Schliesst der Bundesrat vernünftige Verträge ab, weiss er das Volk hinter sich. Manche Regierung in der EU wäre wohl froh, wenn sie ihre Integrationspolitik in der Bevölkerung ebenso tief verankert wüsste. Diese direktdemokratisch abgestützte Kontinuität macht die Schweiz zum zuverlässigen und glaubwürdigen Partner für die Union. Und sie gibt dem Bundesrat die Kraft, in künftigen Verhandlungen mit dem nötigen Selbstvertrauen aufzutreten.

RENÉ LENZIN

Ja-Stimmenanteil zum freien Personenverkehr = 59,6 %

Abgelehnt wurde die Vorlage nur in den Kantonen Schwyz, Glarus, Appenzell IR und Tessin.

